



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 19 vom 11.10.2012

Inhalt

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

- Transparenz hat keine zwei Maßstäbe
- Martin Burwitz: Bericht zum Forum für Bürgerbeteiligung
- Hans-Liudger Dienel: Projektsteckbrief DELIKAT
- Online-Kampf gegen giftige Einkaufswagen: Gastbeitrag
- Vorbildliche Bürgerstifter und 15 Jahre Bürgerstiftungen

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- Freiwilligendienste reformieren: Beschluss des Bundesrats
- Genossenschaften: Kleine Anfrage beantwortet
- CSR- und Nachhaltigkeitskodex statt Offenlegungspflichten
- Entbürokratisierung und Freibeträge: Referentenentwurf des BMF
- Bürokratiemonster stoppen: Resolution des Deutschen Kulturrats

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Projekt INKA gestartet
- Fachtagung Freiwilligensurvey und Engagementpolitik der Länder
- Bürgerschaftliches Engagement in KITAs: Fachtagung
- Sitzung der AG »Bildung und Qualifizierung«: Bericht
- Sitzung der AG »Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft«: Bericht
- Vom Schreibtisch in die Werkstatt!
- Erstes Jahrbuch Engagementpolitik 2013 jetzt bestellbar

FACHDISKURS

- Bürger machen Medien - Medien machen Bürger: Veranstaltung
- Planspiel Geldspende

- Partizipation: Veranstaltung
- Engagementförderung vor Ort: Publikation
- Dissertationspreis 2013: Ausschreibung
- BE in Japan: Ausschreibung Fachkräfteaustausch
- Hinweis

AUS UND ÜBER DEN NONPROFIT-SEKTOR

nach oben

Transparenz hat keine zwei Maßstäbe

Anlässlich der wahlkampfmäßig eingefärbten Diskussion um Transparenz der Politiker-Nebeneinkünfte haben die zivilgesellschaftlichen Organisationen Campact, LobbyControl und Transparency International Deutschland eine Online-Unterschriftenaktion für umfassende Transparenz der Nebeneinkünfte aller Politiker begonnen. Die aktuelle Debatte bietet die Chance, endlich striktere Regeln für Nebentätigkeiten durchzusetzen. Ferner fordert der Appell den Bundestag auf, die Bestechung von Abgeordneten endlich wirksam unter Strafe zu stellen. Deutschland gehört zu den wenigen Ländern, die die UN-Konvention gegen Korruption noch immer nicht umgesetzt haben.

Weitere Informationen unter
<http://www.transparency.de>

nach oben

Martin Burwitz: Bericht zum Forum für Bürgerbeteiligung

Vom 14. bis 16. September 2012 fand in der Evangelischen Akademie Loccum das Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie statt. Die Tagung beschäftigte sich in diesem Jahr mit dem Thema »Bürgerbeteiligung als Motor der kommunalen Entwicklung: Chancen, Herausforderungen, Handlungsansätze«. Die Teilnehmer diskutierten zunächst die Potentiale einer verstärkten Bürgerbeteiligung für die kommunale Entwicklung sowie die Voraussetzungen, um diese nutzen zu können. Die Chancen lägen vor allem in einer Stärkung der Identifikation mit dem eigenen lokalen Umfeld und der lokalen Gesellschaft, in einer Aktivierung der Bürgergesellschaft und der Öffnung des öffentlichen Raums für neue Ideen. Um dies verwirklichen zu können, müsse jedoch in Politik und Verwaltung der entsprechende Wille vorhanden sein. Zudem bedürfe es passender Rahmenbedingungen für einen offenen und dialogischen Prozess. In der Schule könnte Bürgerbeteiligung ebenso stärker thematisiert werden wie in der außerschulischen Bildung. In der ersten Diskussionsrunde sprachen Fabian Reidinger, Mitarbeiter der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung von Baden-Württemberg, und Dieter Harrsen, Landrat im Kreis Nordfriesland, über Schwierigkeiten bei der Bürgerbeteiligung vor Ort. In den anschließenden Themenwerkstätten diskutierten die Teilnehmer u.a. darüber, wie die repräsentative Demokratie durch Formen von Bürgerbeteiligungen und direkter Demokratie sinnvoll ergänzt werden könne. Die Rolle der Partizipation bei der Energiewende sowie kommunale Bürgerproteste waren weitere Themenschwerpunkte. Wer mehr an der Praxis interessiert war, konnte sich mit

und über verschiedene Projekte austauschen: etwa mit der »Aktion 21«, einem 2006 gegründeten Dachverband von Bürgerinitiativen aus Wien, oder Nexthamburg.de, einer Hamburger Plattform für Ideen zur Stadtentwicklung, sowie dem im Aufbau befindlichen bundesweiten Netzwerk Bürgerbeteiligung. Auch in diesem Jahr bot die Tagung neben dem interessanten Programm viele Möglichkeiten für Gespräche zwischen den Teilnehmern - bis in die späte Nacht. Das Forum Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie wurde in diesem Jahr zum 17. Mal in Kooperation zwischen der Stiftung MITARBEIT und der Evangelischen Akademie durchgeführt.

Weitere Informationen unter
<http://www.mitarbeit.de/forum2012.html>

nach oben

Hans-Liudger Dienel: Projektsteckbrief DELIKAT

Ein hohes Maß an Unsicherheit und Skepsis gegenüber bestehenden politischen Entscheidungsfindungsprozessen ist in vielen Teilen der Welt erkennbar und hat zu einer starken Ausweitung und Anwendung partizipativer Verfahren geführt. Mit Blick auf die Forschungslage lässt sich feststellen, dass die begleitende Forschung noch unzureichend ausgebildet ist. Welche Wechselwirkungen gibt es aber zwischen den Beteiligungsformaten, zwischen Entscheidern und Anwendern? Welches Maß an Transparenz ist erforderlich und erwünscht? Welche Formate sind wann, unter welchen Umständen und für wen geeignet? Wie viel Partizipation ist für unsere Gesellschaft und Demokratie wünschenswert? Das vom Umweltbundesamt geförderte Projekt DELIKAT - »Fachdialoge DELiberative DemoKratie: Analyse partizipativer Verfahren für den Transformationsprozess« geht diesen Fragen nach. Es wird in Form eines Projektsteckbriefs von Dr. Hans-Liudger Dienel, Director des Center for Technology and Society der Berlin University of Technology, vorgestellt.

Beitrag unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl19_dienel.pdf
(28 kB)

nach oben

Online-Kampf gegen giftige Einkaufswagen: Gastbeitrag

Die Chemikalienverordnung REACH braucht engagierte Bürger, damit sie ihre potenziell positiven Wirkungen entfalten kann: Das stellen Jutta Brennauer und Nicole Hiltl aus der Perspektive der Pressestelle des Umweltbundesamtes (UBA) fest. Der Kern der Verordnung REACH ist die Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien. Sie gibt Bürgern erste Auskunftsrechte an die Hand. Das Umweltbundesamt hat in Kooperation mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) ein Online-Formular entwickelt, um Anfragen so schnell und einfach wie möglich zu gestalten. Es reichen die Artikelnummer unter dem Strichcode des Produkts und die eigene Emailadresse und schon erhält der Hersteller oder Importeur eine automatische Anfrage. Die Autorinnen zeigen zugleich Grenzen der aktuellen Verordnung auf.

Gastbeitrag Jutta Brennauer und Nicole Hiltl unter
http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl19_REACH.pdf (31 kB)

nach oben

Vorbildliche Bürgerstifter und 15 Jahre Bürgerstiftungen

Vor 15 Jahren begann in Form von Bürgerstiftungen eine Erneuerung und Verbreiterung des Stiftungswesens in Deutschland. Heute gibt es ca. 300 Bürgerstiftungen mit einem Stiftungsvermögen von über 200 Millionen Euro und über 21.000 Bürgerstifter. Dabei ist ein durchaus eigenständiger Stiftungsbereich mit eigenen Akzentsetzungen entstanden, der sich von älteren anglo-amerikanischen Vorbildern unterscheidet. Der Arbeitskreis Bürgerstiftungen im Bundesverband Deutscher Stiftungen hat am 1. Oktober 2012 Persönlichkeiten, die sich große Verdienste um die Entstehung und Verbreitung von Bürgerstiftungen erworben haben, als »Vorbildliche Bürgerstifterin« bzw. »Vorbildlicher Bürgerstifter« geehrt. Anders als der Titel auf den ersten Blick nahelegt, besteht das Verdienst der Geehrten weniger in eventueller eigener Stiftertätigkeit, sondern vielmehr darin, als Ideengeber, Multiplikatoren, Berater und kritisch Werbende gewirkt zu haben. Zudem haben sie Mittel mobilisiert, um eine Infrastruktur für Bürgerstiftungen aufzubauen bzw. um einfach in diese damals neue Idee zu investieren. Geehrt wurden Ria Gräfin von der Groeben, Michael Jacobi, Jörg Kastl, Christian Pfeiffer, Klaus Rollin, Rupert Graf Strachwitz, Klaus Tschira, Nikolaus Turner, Antje Vollmer, Peter Walkenhorst, Klaus Wehmeier und Bill White.

Weitere Informationen unter
[http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/de/news-wissen/aktuelles/aktuelles-detailseite.html?tx_leonhardtdyncontent_pi1\[mode\]=teaserstart&tx_leonhardtdyncontent_pi1\[id\]=2571](http://www.die-deutschen-buergerstiftungen.de/de/news-wissen/aktuelles/aktuelles-detailseite.html?tx_leonhardtdyncontent_pi1[mode]=teaserstart&tx_leonhardtdyncontent_pi1[id]=2571)

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

nach oben

Freiwilligendienste reformieren: Beschluss des Bundesrats

Am 6. Juli 2012 hatte das Bundesland Nordrhein-Westfalen mit Unterstützung von weiteren Bundesländern auf der 899. Sitzung des Bundesrates einen Entschlussantrag zur »Weiterentwicklung des Bundesfreiwilligendienstes« eingebracht (BBE-Newsletter 14/2012). Der Antrag wurde auf der 900. Sitzung des Bundesrats am 21. September 2012 mit Änderungen angenommen, die der zuständige Ausschuss des Bundesrats empfohlen hatte (373/12 Beschluss). Der Sinn dieser Änderungen schlägt sich in einem veränderten Beschlusstitel nieder, in dem nicht mehr vom Bundesfreiwilligendienst allein, sondern von der »Weiterentwicklung der Freiwilligendienste« die Rede ist. Hintergrund der Änderungen waren Befürchtungen, dass etwa eine Aufhebung der Kontingentierung der Plätze für den Bundesfreiwilligendienst zu einer Schwächung der anderen Freiwilligendienste führen kann, wenn nicht zugleich die Mittel für diese ebenso aufgestockt werden. Neben einer Erhöhung der Mittel

fordert der Bundesrat von der Bundesregierung eine Stärkung des Trägerprinzips, eine Verbesserung der Qualität des Bildungsangebots für Lebensältere, eine Sicherstellung der Arbeitsmarktneutralität, eine Überprüfung der Rolle des Bundesamtes für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), ein Freiwilligenstatusgesetz sowie eine Unterstützung der Bundesratsinitiative für eine gesetzliche Verankerung des Freiwilligendienstes aller Generationen.

Beschluss unter

[http://www.bundesrat.de/cln_227/SharedDocs/Drucksachen/2012/0301-400/374-12_28B_29,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/374-12\(B\).pdf](http://www.bundesrat.de/cln_227/SharedDocs/Drucksachen/2012/0301-400/374-12_28B_29,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/374-12(B).pdf)

nach oben

Genossenschaften: Kleine Anfrage beantwortet

Die Fraktion Die Linke hatte angesichts des Internationalen Jahres der Genossenschaften 2012 eine Kleine Anfrage (17/10534) zur Lage der Genossenschaften in Deutschland, zur Auswirkung der Genossenschaftsrechtsreform von 2006 und zu weiterem Reformbedarf gestellt. Die Bundesregierung hat die Anfrage am 11. September 2012 beantwortet. Einen Reformbedarf sieht die Regierung lediglich im Bereich kleiner Genossenschaften, da die erhoffte Kostenentlastung durch die Reform von 2006 nicht den erwarteten Umfang erreichte. In Analogie zur haftungsbeschränkten Unternehmergesellschaft erwägt die Regierung daher, eine »Kleine Genossenschaft« oder »Kooperativgesellschaft (haftungsbeschränkt)« einzuführen, die von der Pflichtmitgliedschaft und Pflichtprüfung befreit ist. Dies soll Existenzgründungen im Genossenschaftsbereich erleichtern. Zugleich zeigt die Antwort eine stetige Zunahme von Neugründungen im vergangenen Jahrzehnt auf, angefangen von 58 neuen Genossenschaften im Jahr 2002 über 125 Neugründungen im Jahr 2007 bis hin zu 370 Neugründungen 2011. Da gleichzeitig aber bedeutend mehr Genossenschaften gelöscht wurden, ist die Anzahl der Genossenschaften insgesamt weiter geschrumpft. Allerdings spielt das Thema der Insolvenz bei diesen Löschungen praktisch keine Rolle. Laut Regierung sind sie vor allem Ergebnis von Fusionen zu größeren Genossenschaften. Standen im Jahr 2002 den 58 Neuerrichtungen noch 659 Löschungen gegenüber, so gibt es seit 2010 immerhin mehr Neuerrichtungen als Löschungen.

Antwort unter

<http://dip.bundestag.de/btd/17/106/1710654.pdf>

nach oben

CSR- und Nachhaltigkeitskodex statt Offenlegungspflichten

Unterstützt von den Fraktionen von SPD und Die Linke hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/9567) einen Antrag zu sozialen und ökologischen Offenlegungspflichten für Unternehmen eingebracht, der am 27. September 2012 im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe an der Mehrheit der Regierungsfractionen scheiterte. Die Grünen wollten Unternehmen gesetzlich verpflichten, Informationen zu sozialen und ökologischen Aspekten ihrer Geschäftstätigkeit, etwa über Menschen- und Arbeitnehmerrechte, zu

veröffentlichen. Dabei sollte den Kapazitäten von kleinen und mittelständischen Unternehmen Rechnung getragen werden. Vertreter von CDU/CSU und der FDP halten hingegen das Prinzip der Freiwilligkeit in existierenden Programmen im Bereich CSR (Corporate Social Responsibility) bzw. im Deutschen Nachhaltigkeitskodex des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung für sinnvoller. Es sei zielführender, solche Instrumente auf freiwilliger Basis weiter auszubauen. Zudem befürchten sie einen Wettbewerbsnachteil gegenüber Unternehmen anderer Länder, die jener Informationspflicht nicht unterliegen.

Antrag unter

<http://dip.bundestag.de/btd/17/095/1709567.pdf>

nach oben

Entbürokratisierung und Freibeträge: Referentenentwurf des BMF

Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz - GEG: um diese 43 Buchstaben geht es in einem Referentenentwurf des Bundesministeriums für Finanzen vom 19. September 2012. Das GEG soll dazu beitragen, zivilgesellschaftliches Engagement durch Entbürokratisierung und Flexibilisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu erleichtern. Dadurch soll es aus Sicht des Entwurfs den steuerbegünstigten Organisationen und den ehrenamtlich Tätigen möglich werden, »ihre gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgabe noch besser wahrzunehmen«. Die vorgesehenen Änderungen reichen von einem vereinfachten Nachweis der wirtschaftlichen Notlage bei Empfängern mildtätiger Zuwendungen über die Einführung eines Abzugsbetrages für Ehegatten bei Spenden in den Vermögensstock einer Stiftung bis hin zu Erhöhungen der Übungsleiterpauschale von 2.100.- Euro auf 2.400.- Euro bzw. der Ehrenamtspauschale von 500.- Euro auf 720.- Euro. Der Entwurf geht von Steuermindereinnahmen in Höhe von 110 Millionen Euro jährlich ab 2014 aus, wovon 60 Millionen Euro auf Länder und Gemeinden entfallen. Da der Entwurf zwar für die Bundesverwaltung Arbeitsentlastung erwartet, aber zugleich deutlichen Mehraufwand »auf Grund der Ausgestaltung der vorläufigen Bescheinigung als Verwaltungsakt und der Einführung des Feststellungsverfahrens« für die Steuerverwaltungen der Länder sieht, ist hier ein gewisser Gesprächs- und Verhandlungsbedarf mit den Ländern zu erwarten. Die substantielle Härtung des gemeinnützigen Zweckes der Engagementförderung, die für zahlreiche Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung von größter Bedeutung ist und von allen Fraktionen im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages gefordert wurde, findet sich nicht im Gesetzentwurf.

Entwurf unter

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Gesetzestexte/Referentenentwuerfe/Gemeinn%C3%BCtzigkeitsentb%C3%BCrokratisierungsgesetz%20%E2%80%93%20GEG.html>

nach oben

Bürokratiemonster stoppen: Resolution des Deutschen Kulturrats

Der Deutsche Kulturrat hat am 5.10.2012 Kulturstaatsminister Bernd Neumann, MdB, und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, MdB, aufgefordert, das sogenannte Abrufverfahren bei Zuwendungsempfängern wieder rückgängig zu machen. Danach sollen Zuwendungsempfänger, die Mittel vom Kulturstaatsminister erhalten, diese Mittel jeweils einen Tag, bevor eine Zahlung erfolgt, bei der Bundeskasse abrufen müssen. Das bedeutet, dass nur für Überweisungen oder Abbuchungen, die am kommenden Tag fällig sind bzw. getätigt werden, die Mittel abgerufen werden dürfen. Das führt zu einem enormen bürokratischem Mehraufwand, der das Gegenteil der Entbürokratisierung ist, die schon die Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements« vor zehn Jahren gefordert hatte. Bisher konnten Empfänger von öffentlichen Zuwendungen die Mittel für den Bedarf der kommenden zwei Monate bzw. sechs Wochen abfordern. Die Verwendung dieser Mittel innerhalb dieser Frist wird dann bei der Prüfung von Verwendungsnachweisen geprüft.

Resolution unter

<http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=2401&rubrik=4>

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

nach oben

Projekt INKA gestartet

Aktuelle gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wie der demographische Wandel und der Wegfall des Zivildienstes haben in den vergangenen Jahren zu starken Veränderungen der Engagementbereitschaft geführt. Diese Entwicklungen stellen gerade die Rettungs- und Hilfsdienste vor große Herausforderungen, da sie im Krisenmanagement und Katastrophenschutz in besonderem Maße auf das verlässliche und qualifizierte Engagement von freiwilligen Helfern angewiesen sind. Seit dem 1. Oktober 2012 arbeitet das BBE gemeinsam mit dem DRK, der Berliner Feuerwehr, dem Fraunhofer-Institut sowie den Universitäten Greifswald und Stuttgart in dem vom BMBF geförderten Projekt »Professionelle Integration von freiwilligen Helfern in Krisenmanagement und Katastrophenschutz« (INKA) mit. Die anderen Hilfs- und Rettungsdienste (allesamt Mitglieder des BBE) sind assoziierte Partner des Projekts. Das Projektteam für das Teilprojekt des BBE »Bürgerschaftliches Engagement im Krisenmanagement« bilden PD Dr. Ansgar Klein (wissenschaftliche Leitung), Dr. Serge Embacher (wissenschaftlicher Referent), Alexandra Moll (Junior Projekt Managerin) und Martin Burwitz (Öffentlichkeitsarbeit). Weitere Informationen folgen regelmäßig auf der Internetplattform des BBE.

nach oben

Fachtagung Freiwilligensurvey und Engagementpolitik der Länder

Am 2. November 2012 findet in den Landesvertretungen Rheinland-Pfalz und Niedersachsen in Berlin die Fachtagung »Freiwilligensurvey und Engagementpolitik der Länder: Empirische Befunde, politische Konsequenzen,

Forschungsbedarfe« statt. Im Rahmen der Fachtagung sollen die empirischen Befunde der durchgeführten Länderstudien zum 3. Freiwilligensurvey diskutiert und Konsequenzen für die Engagementpolitik in den Ländern gezogen werden. Mit Blick auf die vierte Welle des Freiwilligensurveys werden forschungspolitische Positionen und Interessen der Länder formuliert. Veranstalter sind die Länder Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Brandenburg und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Die Tagung richtet sich an ein ausgewähltes, fachkundiges Publikum aus Politik und Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen, an Vertreterinnen und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen und Netzwerke sowie an Akteure aus Wissenschaft und Forschung.

nach oben

Bürgerschaftliches Engagement in KITAs: Fachtagung

Am 6. November 2012 veranstaltet das Institut Inform in Zusammenarbeit mit dem BBE und der Bertelsmann Stiftung in Dresden die Fachtagung »Bunte Mitarbeit - Möglichkeiten und Chancen des bürgerschaftlichen Engagements in Kindertagesstätten«. Ziel der Tagung ist es, die Möglichkeiten und Chancen bürgerschaftliches Engagement in KITAs sowie neue Wege zur Gewinnung und Begleitung von freiwillig Engagierten aufzuzeigen. In sechs praxisorientierten Workshops werden mit den Teilnehmenden unter anderem Fragen der Mitwirkung von engagierten Eltern, von rechtlichen Aspekten bei der Einbindung von bürgerschaftlichem Engagement in der KITA, von Kooperationsmöglichkeiten und der Nutzung von Freiwilligendiensten in der KITA diskutiert. Die Veranstaltung wird durch das Sächsische Staatsministerium für Kultus gefördert und von der Fachstelle Freiwilligendienste in Sachsen »Engagiert dabei« unterstützt. Nähere Informationen zum Tagungsprogramm und zur Anmeldung finden Sie im Einladungsflyer. Anmeldeschluss ist der 22. Oktober 2012.

Flyer unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl19_flyer_KITA.pdf (865 kB)

nach oben

Sitzung der AG »Bildung und Qualifizierung«: Bericht

Die Sitzung der AG 2 »Bildung und Qualifizierung« fand am 18. September 2012 im Diözesan-Caritas-Verband in Köln statt. Gerhard Seiler, Mitarbeiter der Stiftung »Haus der kleinen Forscher«, vormals »Schulen ans Netz«, war als Referent zum Thema »Aktivierung von Kindern und Jugendlichen mit Neuen Medien« geladen. Bericht aus der Geschäftsstelle erstatteten Andreas Pautzke (Aktuelles und Termine) und Dr. Lilian Schwalb (Projekt Netzwerkentwicklung und Fachtagung »10 Jahre BBE«). Bernhard Suda, stellvertretender Sprecher der AG 2 und Referent beim Caritas-Verband Köln, ging auf Ergebnisse der Tagung »Bürgerschaftliches Engagement in der KITA« ein, auf den Stand der Tagungsdokumentation sowie auf das aus der Tagung hervorgegangene Thesenpapier. Carola Beutel, Institut Inform Dresden, gab Einblicke in die Planungen der KITA-Tagung in Dresden im November 2012. Am Nachmittag diskutierten die Mitglieder über Fragen der Gewinnung und Qualifizierung von Vereinsvorständen. Grundlage waren Inputs von Ina Bergler, Projektassistentin der Robert Bosch Stiftung, über das Projekt »Engagement braucht Leadership«

und Dr. Rosa Jannen, Bildungsreferentin der kfd, über Erfahrungen bei der Qualifizierung von Vereinsvorständen. Ggf. wird die AG im Vorfeld der Fachtagung am 22. November in Berlin tagen. Die erste Sitzung im Jahr 2013 ist für den 25. Februar 2013 in Hannover geplant.

nach oben

Sitzung der AG »Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft«: Bericht

Die AG 4 »Perspektiven der lokalen Bürgergesellschaft« traf sich zu ihrer 35. Sitzung am 19. September 2012 im Regierungspräsidium Kassel. Drei Vorträge behandelten aus unterschiedlichen Perspektiven das Thema Vereine und Vereinsvorstände. Ullrich Bieker, Zukunftsbüro der Stadt Kassel, Prof. Dr. Christiane Schurian-Bremecker und Prof. Dr. Stefan Piasecki von der CVJM-Hochschule Kassel präsentierten erste Ergebnisse der gemeinsamen Studie »Vereinsarbeit heute?!« Zur Bedeutung der Vereine im ländlichen Raum berichteten Frau Dr. Deuse am Beispiel verschiedener Vereine in Bad Arolsen-Landau sowie Herr Blömker am Beispiel der Bürgerbeteiligung in der Ortsteils- und Quartiersentwicklung der Stadt Warendorf. Neuigkeiten aus der Geschäftsstelle des BBE brachte Dr. Lilian Schwalb ein. Abschließend wurde über Planungen der zukünftigen Agenda diskutiert. Die nächste Sitzung findet am 12. Dezember 2012 in Essen statt.

nach oben

Vom Schreibtisch in die Werkstatt!

Am gemeinsamen Freiwilligentag des BBE und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (DV) am 28. September 2012 nahmen insgesamt mehr als 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teil. Einen Tag lang unterstützten sie das Kreativhaus auf der Fischerinsel, ein theaterpädagogisches Zentrum, zugleich Mehrgenerationenhaus sowie eine Kultur- und Begegnungsstätte mit soziokulturellen Angeboten innerhalb der Kinder-, Jugend-, Erwachsenen- und Seniorenarbeit. Die Freiwilligen haben einen Teil der über 300 Fenster geputzt und gestrichen sowie die Sandkastenumrandung und die Rollstuhlrampe zum Studio K ausgebessert. Außerdem brachten sie Wandleisten im Studio an und bauten eine neue Informationstafel für Passanten auf der Wasserseite des Geländes. In der Holzwerkstatt des Kreativhauses wurde ebenfalls tatkräftig gewerkelt. Seinen Ausklang fand der Freiwilligentag im Kreativhaus mit Pizza aus dem Steinofen und Musik. Dieser Tag war für das Mehrgenerationenhaus und viele andere Einrichtungen der Stadt von großer Bedeutung, da sie in den meisten Fällen keine Ressourcen für die Beauftragung von Fachunternehmen haben und deshalb auf die Hilfe von Freiwilligen angewiesen sind. Der Berliner Freiwilligentag war eingebettet in die »Woche des Bürgerschaftlichen Engagements«, die das bürgerschaftliche Engagement von rund 23 Millionen Menschen in Deutschland in seiner Vielfalt öffentlich würdigen und sichtbar machen soll.

Weitere Informationen unter
<http://www.freiwilligentag2012.de>
<http://kreativhaus-berlin.de>

nach oben

Erstes Jahrbuch Engagementpolitik 2013 jetzt bestellbar

Die erste Ausgabe des Jahrbuchs Engagementpolitik des BBE, herausgegeben von PD. Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel und Dipl.-Pol. Johanna Neuling, erscheint im November 2012 und kann ab sofort bestellt werden. Das »Jahrbuch Engagementpolitik« wird herausgegeben in der Reihe »Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis« (hgg. von Dr. Serge Embacher, Prof. Dr. Thomas Olk, Dr. Frank W. Heuberger, PD Dr. Ansgar Klein, Andreas Pautzke, Carola Schaaf-Derichs, Ulrike Sommer und Brigitta Wortmann im Auftrag des BBE). Das Jahrbuch berichtet aus der Arbeit des Netzwerks und gibt Diskursen ein Forum, die weit in alle gesellschaftlichen Bereiche hineinreichen. Zielgruppe sind die mit Engagementpolitik und Engagementförderung beruflich oder ehrenamtlich befassten Akteure. Das Jahrbuch erscheint im Wochenschauverlag.

Inhaltsverzeichnis unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl19_inhaltsverzeichnis.pdf (68 kB)

Bestellschein unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl19_bestellschein.pdf (2 MB)

nach oben

FACHDISKURS

nach oben

Bürger machen Medien - Medien machen Bürger: Veranstaltung

Unter dem Titel »Bürger machen Medien - Medien machen Bürger« führt die Friedrich-Ebert-Stiftung am 25. Oktober 2012 in Berlin eine kleine Tagung durch. Es geht um Ziele und Verfahren von Bürgermedien und um die Idee, dass Bürgerinnen und Bürger selbst Fernsehen, Radio oder Internet für ihre Sache machen. Warum haben Bürgermedien weltweit zugenommen? Wird es ohne zunehmende Bereitschaft der Bürger zur Beteiligung am Informationsgeschäft in Zukunft nicht mehr gehen? Was bedeutet das für die traditionelle Medienarbeit, was für die Demokratie? Parallele Panels widmen sich den Themen Bürgergesellschaft und politische Teilhabe, Freiwilligenengagement und gesellschaftliche Teilhabe sowie Bürgermedien und Medienbürger.

Weitere Informationen unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2012/10/nl19_flyer_FES.pdf (811 kB)

nach oben

Planspiel Geldspende

Wem sollte man warum 1.000 Euro spenden? Vom 23. Oktober 2012 bis 5. Februar 2013 findet an der Humboldt-Universität zu Berlin dienstags von 18-20 Uhr ein Tutorium zum Thema: »Wenn Geld Gutes tut - Strategisches Spenden in Deutschland« statt. Dabei geht es um die effektive Zusammenarbeit zwischen

dem gemeinnützigen Sektor und privaten Geldgebern. »Spendenprofis« von PHINEO und betterplace.org haben ihre Mitwirkung zugesagt. Am Ende des Semesters gehen 1.000 Euro an eine von den Teilnehmern ausgewählte gemeinnützige Organisation.

Weitere Informationen unter

<http://agnes.hu-berlin.de/lupo/rds?state=verpublish&status=init&vmfile=no&publishid=62328&moduleCall=webInfo&publishConfFile=webInfo&publishSubDir=veranstaltung>

nach oben

Partizipation: Veranstaltung

Am 2. und 3. November 2012 findet in der Evangelischen Bildungsstätte auf Schwanenwerder eine Veranstaltung statt zum Thema »Partizipation - woran wollen moderne Bürger verbindlich teilhaben?«. Die inhaltliche Einführung übernimmt Dr. Serge Embacher. Weitere Vorträge von Fachleuten mit anschließender Diskussion zum Partizipationsthema folgen zu den Schwerpunkten Generation Internet, Migranten, betriebliche Mitbestimmung, Verwaltung und Bürger und innerkirchliche Mitsprache. Eine Anmeldung bis zum 26. Oktober 2012 ist erforderlich.

Weitere Informationen unter

http://www.eaberlin.de/programm_detail.php?vstg_id=9925&archiv=0

nach oben

Engagementförderung vor Ort: Publikation

Annette Zimmer und Holger Backhaus-Maul haben eine engagementpolitische Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger mit dem Titel »Engagementförderung vor Ort - Was gilt es in den Blick zu nehmen? Eine Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger« publiziert. Die Broschüre gibt grundlegende Informationen und zeigt Handlungsmöglichkeiten auf, wie zivilgesellschaftliches Engagement im Spannungsfeld zwischen bürgerschaftlicher Selbstorganisation und öffentlicher Förderung vor Ort umgesetzt werden kann. Im Mittelpunkt stehen dabei die lokale Engagementinfrastruktur und die Engagementpolitik.

Broschüre unter

<http://wcms.uzi.uni-halle.de/download.php?down=26125&elem=2607078>

nach oben

Dissertationspreis 2013: Ausschreibung

Im Jahr 2013 wird zum zweiten Mal ein mit 1.000.- Euro dotierter Preis für eine herausragende Dissertation vergeben, die ein Thema aus einem der folgenden Bereiche behandelt: Zivilgesellschaft, bürgerschaftliches Engagement und Sozialkapital, Soziale Bewegungen und Protest, Demokratie und Partizipation, Interessenvermittlung und Lobbying, NGOs, Stiftungen und Genossenschaften, Vereine und Verbände oder Management von Non-Profit-Organisationen. Die prämierte Arbeit wird in der Buchreihe »Bürgergesellschaft und Demokratie« des Springer VS Verlags publiziert, der zudem die Satz-, Produktions- und

Werbungskosten übernimmt. Die Jury ist identisch mit den Herausgebern der Buchreihe und besteht aus Ansgar Klein, Ralf Kleinfeld, Frank Nullmeier, Dieter Rucht, Heike Walk, Ulrich Willems und Annette Zimmer. Voraussetzung für die Bewerbung ist, dass die Dissertation in den Jahren 2011 oder 2012 oder im ersten Quartal 2013 eingereicht und mit mindestens »magna cum laude« bewertet wurde. Die Einreichung kann sowohl durch die Betreuer der Arbeit als auch den Autor erfolgen. Sie umfasst neben der Dissertation alle Gutachten, einen kurzen Lebenslauf und, sofern zutreffend, eine Publikationsliste des Verfassers. Auch Einreichungen auf elektronischer Basis sind zulässig. Bewerbungen sind zu richten an den geschäftsführenden Herausgeber der Buchreihe, Prof. Dr. Frank Nullmeier, Universität Bremen. Einsendeschluss ist der 31. März 2013.

Weitere Informationen unter

<http://www.buergergesellschaft-demokratie.de/nullmeier.html>

nach oben

BE in Japan: Ausschreibung Fachkräfteaustausch

Das Büro des japanischen Ministerpräsidenten (Cabinet Office) hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gebeten, junge deutsche Multiplikatoren zwischen 23 und 40 Jahren, vorzugsweise aus dem Bereich der freien Träger, für das Fachkräfteprogramm »Soziale Aktivitäten und bürgerschaftliches Engagement« in Japan vom 4. bis zum 19. Februar 2013 zu gewinnen. Koordiniert wird das Programm auf deutscher Seite von IJAB - Fachstelle für Internationale Jugendarbeit. Ziel ist es, das bürgerschaftliche Engagement und die Netzwerkbildung in den Bereichen Jugend, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung zu stärken. Ebenso sollen die Teilnehmer der Regierung Anregungen und Empfehlungen aufgrund des Besuchs in Japan zukommen lassen. Auf dem Programm stehen Einrichtungsbesuche, Seminare, ein großes Diskussionsforum zum Thema Management gemeinnütziger Organisationen und ein Gastfamilienaufenthalt. Ein verpflichtendes Vorbereitungsseminar findet im Januar 2013 bei Köln statt. Das Programm wird zusammen mit Gruppen aus Dänemark und Großbritannien durchgeführt. Fließende Englischkenntnisse in Wort und Schrift sind erforderlich. Der Eigenanteil beträgt 500.- Euro. Bewerbungsschluss ist der 31. Oktober 2012.

Weitere Informationen unter

<http://www.ijab.de/aktivitaeten/internationale-zusammenarbeit/japan/japan/a/show/ausschreibung-multilaterales-fachkraefteprogramm-in-japan-soziale-aktivitaeten-und-buergerschaftli/>

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 18. Oktober 2012.
Redaktionsschluss ist der 11. Oktober 2012.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern

repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die im Newsletter verwendete männliche Form bezieht selbstverständlich die weibliche Form mit ein. Auf die Verwendung beider Geschlechtsformen wird lediglich mit Blick auf die bessere Lesbarkeit des Textes verzichtet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dipl.-Pol. Johanna Neuling, Katrin Kwiatkowski, M.A.-Pol. und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages. Diese Ausgabe des Newsletters wird durch eine Förderung der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius ermöglicht.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)

[nach oben](#)

[Hinweis](#)

Gefördert von:



Gefördert vom:

